Netzwerk.Rheinland-Pfalz-Solar.de

EEG-Novelle 2027 – dringender Nachbesserungsbedarf zum Schutz der regionalen Energiewende und der Arbeitsplätze in RLP und damit auch in Ihren Wahlkreisen!

Neustadt a.d. Weinstraße, 20.10.2026

Sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages,

die Branche für Erneuerbare Energien in Rheinland Pfalz ist sehr verunsichert und fürchtet um den Wegfall tausender Arbeitsplätze in der Erneuerbaren Energien Branche in unserem Bundesland, sollte die EEG Novelle so kommen, wie momentan im Entwurf geplant.

Wir sind ein Bündnis aus fünf Organisationen im Bereich der Erneuerbaren Energien und haben gute Kontakte zu den rheinlandpfälzischen Solarteuren.

Die EEG-Novelle wie auch ein Netzanschlusspaket werden aktuell parlamentarisch beraten. Beide Gesetzentwürfe gingen parallel durchs Kabinett. Bei beiden Gesetzentwürfen sehen unsere Bündnisse erheblichen Änderungsbedarf, um Hemmnisse für die Energiewende abzuwenden und Arbeitsplätze in der Solarbranche zu erhalten.

Momentan arbeiten **über 10.000 Menschen im Bereich Erneuerbare Energien in RLP**. Dort macht sich immer mehr die Angst breit, dass kaum noch PV-Anlagen gebaut werden, wenn 2027 Förderungen wegfallen würden und sogar kleine PV Anlagen bis 25KWp in die Direktvermarktung gehen müssen.

Die im Entwurf vorgesehenen Änderungen bei Einspeisevergütung, Direktvermarktungs- und Nachweispflichten drohen insbesondere kleinere Anlagen zusätzlich zu belasten und damit faktisch auszubremsen.

Als unsere Vertreter:innen im Bundestag bitten wir Sie dringend, sich im Rahmen der anstehenden parlamentarischen Beratungen für wesentliche Korrekturen bei der **EEG Novelle 2027** einzusetzen und damit Schaden von unserem Bundesland abzuwenden.

Insbesondere nachfolgende Punkte sollten erhalten bleiben:

- **Erhalt von PV-Dachanlagen und Schutz des Handwerks**
  Die geplante Absenkung der Direktvermarktungsgrenze und das De-facto-Aus der verlässlichen Einspeisevergütung für mittlere und kleinere Dachanlagen treffen das regionale Handwerk und private sowie gewerbliche Investoren. Die Vergütung des Überschussstromes muss erhalten bleiben. Wenn Strom aus Kleinanlagen praktisch nicht mehr wirtschaftlich vermarktbar ist, droht ein massiver Einbruch beim Solarausbau auf Gebäudeflächen. Um die Energiewende-Ziele zu erreichen, müssen jedoch die vorhandenen Dachflächen möglichst voll genutzt werden!

- **Sonderrolle für Bürgerenergie bewahren**
  Bürgerenergiegesellschaften leben von einfachen, planbaren Rahmenbedingungen. Die Einführung komplexer zweiseitiger Differenzverträge und der Wegfall von Ausnahmen überfordern Genossenschaften und Akteure vor Ort. Bürgerenergie stärkt die Akzeptanz der Energiewende – sie darf nicht durch bürokratische Hürden verdrängt werden.

- **Fehlende Perspektiven für Biogas und Bioenergie**
  Als regelbare Stromquelle stützt Biogas das Netz auch bei Dunkelflauten. Dem aktuellen Entwurf fehlt es jedoch an einer verlässlichen Fortführungsperspektive für bestehende Anlagen. Ohne Nachbesserungen droht vielen Betrieben in unserer Region das wirtschaftliche Aus und der Verlust wertvoller, flexibler Erzeugungskapazitäten.

- **Unfaire Entschädigungsregelungen bei Netzengpässen**
  Dass Anlagenbetreiber künftig bei Abregelungen wegen Netzüberlastungen teilweise auf Entschädigungen verzichten müssen, wälzt die Versäumnisse beim Netzausbau einseitig auf die Erzeuger ab. Dies erhöht das Risiko für finanzierende Banken und verteuert die Projektfinanzierung im Bereich Wind und Freiflächensolar erheblich.

Die Energiewende gelingt nur, wenn sie dezentral, getragen von den Menschen, und wirtschaftlich kalkulierbar bleibt. Ein Gesetz, das zu Verunsicherungen führt, gefährdet das Erreichen der gesetzlich verankerten Ausbauziele bis 2030 / 2045. Um die Klimaneutralität und die dafür notwendige Energiewende bis 2045 zu erreichen, brauchen wir für alle Akteure wie: Industrie, Handwerk, private sowie gewerbliche Investoren aber auch für die Netzbetreiber eine berechenbare Stabilität.

Wir bitten Sie um eine kurze Rückmeldung, wie Sie sich im parlamentarischen Verfahren für den Schutz der regionalen Energiewende einsetzen werden. Für ein persönliches oder digitales Gespräch, gerne auch gemeinsam mit weiteren Betroffenen aus den Wahlkreisen, stehen Vertreter unserer Bündnisse gerne zur Verfügung.

Netzwerk.Rheinland-Pfalz-Solar.de

Mit freundlichen Grüßen

gez. Wolfgang Thiel

Vorsitzender ISE e.V.
www.i-suedpfalz-energie.de

gez. Guido Dahm

Vorstand VWU-RLP
www. vwu-rlp.de

gez. Wolfgang Müller

Vorsitzender LSE-RLP
www.rheinland-pfalz-solar.de

gez. Hans Biehler

DGS - Sektion RLP

www.dgs.de

gez. Claudia Adler-Blask

Klimastammtisch Grünstadt

klimastammtisch@e-mail.de